

Niederschrift Nr. 22 über die Sitzung des Schulausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 02.09.2010
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:25 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende
Meyer, Elfriede

SPD-Fraktion

Bamminger, Berendine
Bornemann, Bernd
Götze, Horst für Benjamin Swieter
Mecklenburg, Rico
Meinen, Regina

CDU-Fraktion

Buisker, Herbert
Hegewald, Reinhard

FDP-Fraktion

Ammersken, Heino
Hoofdmann, Erwin für Rolf Bolinius

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Renken, Bernd

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat

Koziolk, Stephan-Gerhard

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Kaufhold, Josef Dr.
Molthagen-de Beer, Insa für Sabine Eilers
Schenk, Marion
Tjaden, Jan-Henning

von der Verwaltung

Sprengelmeyer, Thomas
Buß, Thomas

Protokollführung

Rauch, Agnes

Niederschrift Nr. 22 über die Sitzung des Schulausschusses

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau E. Meyer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Verpflichtung stimmberechtigter sonstiger Mitglieder gem. § 28 NGO

Frau E. Meyer nimmt die Verpflichtungen für die stimmberechtigten sonstigen Mitglieder Insa Moltzhausen-de Beer und Jan-Henning Tjaden gemäß § 28 NGO vor.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Herr Ammersken beantragt, den Tagesordnungspunkt 9 von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, da seitens der Verwaltung dargelegt worden sei, dass ein Gutachten bezüglich der Schülerbeförderung in Auftrag gegeben worden sei. Seine Fraktion wollte dieses Gutachten zunächst abwarten und nicht über eine Einzelmaßnahme abstimmen.

Herr Mecklenburg betont, es müsse auf jeden Fall gewährleistet sein, dass die Kinder in den Genuss dieser Karte für die Winterregelung kämen.

Herr Sprengelmeyer führt aus, das Gutachten werde zum einen nicht rechtzeitig fertig und beziehe sich auf der anderen Seite auf den freigestellten Schülerverkehr, sodass die Winterregelung wahrscheinlich davon gar nicht betroffen sei.

Herr Ammersken erklärt, unter diesen Prämissen ziehe er seinen Antrag zurück.

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 19.05.2010

Herr Dr. Kaufhold bittet darum, auf Seite 12 in seinem Redebeitrag das Wort Fachlehrkräfte durch das Wort Fachräume zu ersetzen.

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 19.05.2010 wird mit dieser Änderung genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 22 über die Sitzung des Schulausschusses

TOP 5 Genehmigung der Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 11.06.2010

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 11.06.2010 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 7 Bewirtschaftung der Mensen/Küchen an den Kindertagesstätten und Ganztagschulen
Vorlage: 15/1625/1

Herr Buß erklärt, mit dieser Vorlage solle eine klare Regelung zu den Kosten der Bewirtschaftung der Mensen für die Zukunft erreicht werden. Aufgrund des Ausbaus zur Ganztagschulen ergäbe sich die zwingende Notwendigkeit, eine Mittagsverpflegung zu gewährleisten. Dieses sei in einem entsprechenden Erlass des Kulturministeriums geregelt. Die Verantwortung für die Sicherstellung des Mittagessens trage grundsätzlich der Schulträger. Der Rat habe sämtliche Ganztagschulkonzepte beschlossen, die natürlich auch das Angebot zum Mittagessen enthalten würden.

Er führt weiter aus, in den Kindertagesstätten sei es seit Jahren Praxis, dass die Kosten der Bewirtschaftung der Mensen durch die Stadt getragen würden. Für die in Zusammenhang mit der Mittagessensversorgung bestehenden Aufgaben an den Schulen würden im Budget des Fachdienstes Schule und Sport in diesem Jahr 48.500 € zur Verfügung stehen. Mittlerweile werde an sechs Schulen regelmäßig eine warme Mittagessensversorgung angeboten. Nach den Herbstferien werde außerdem die Essensversorgung für die Grundschule Westerburg aufgenommen.

Herr Buß bemerkt, die der Versorgung zugrunde liegenden Konzepte würden in enger Verbindung zur Arbeit der jeweiligen Schule stehen. Aus diesem Grunde erfolge auch die Herstellung des Mittagessens und die Bewirtschaftung der Mensen sehr unterschiedlich. Aus den zur Verfügung stehenden Mitteln würden außerdem Essenszuschüsse an bedürftige Familien gezahlt, sodass diese Kinder das Essen zu einem Preis von 1 € erhalten würden. Über diesen Zuschussbedarf hinaus müssten jedoch die Kosten für die Aufbereitung und die Ausgabe des Essens, die Reinigung der Küche etc. aufgefangen werden. Dieser Aufwand sei in der Kalkulation der Lieferanten nicht enthalten. Zudem würden an der Schule Wybelsum jährlich ca. 4.800 € an weiteren Kosten durch die Übernahme der entsprechenden Nebenkosten entstehen. Er stellt fest, mit Ausnahme für die Förderschule stünden keine explizit ausgewiesenen Haushaltsansätze im Budgetbuch 2010 für die Bewirtschaftung der Mensen zur Verfügung. Diese Kosten würden gedeckt aus den insgesamt für die Essensversorgung bereit stehenden Mitteln, die in diesem Jahr ausreichend seien. Aufgrund der Ausweitung der Mensen und der Essenszahlen im kommenden Jahr würden zusätzliche Mittel benötigt, um die Mensen entsprechend bewirtschaften zu können. Eine andere Möglichkeit wäre es, die Kosten den Mahlzeiten entsprechend auf-

Niederschrift Nr. 22 über die Sitzung des Schulausschusses

zuschlagen, was allerdings zu einer unverhältnismäßigen Verteuerung des Essens kommen würde.

Hinsichtlich der Essenszahlen führt Herr Buß aus, durch die Inbetriebnahme der IGS sei die Zahl der Ausgabe von täglich 7 bis 20 Essen auf 115 Essen angestiegen. Hier schlage sich das halbwegs verpflichtende Ganztagsangebot in den Zahlen nieder. Auch am JAG seien die Zahlen von monatlich 365 Essen im Februar 2010 auf 988 Essen im August 2010 angestiegen. In der Schule Wybelsum würden im Schnitt pro Tag ca. 12 Essen, an der Förderschule 73 Essen und an der Grundschule Grüner Weg 67 Essen ausgegeben werden. Abschließend bemerkt Herr Buß, insgesamt sei festzustellen, dass das Essensangebot zunehmend stärker genutzt werde. Darüber hinaus würden aber auch Kinder die Mensa nutzen, um ihr mitgebrachtes Essen zu verzehren.

Frau E. Meyer bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Bornemann erklärt, er werde selbstverständlich dieser Vorlage zustimmen. In den vergangenen Jahren habe seine Fraktion immer wieder die Wichtigkeit des Essens hervorgehoben und die Meinung vertreten, dass sich ein gemeinsames Mittagessen erst entwickeln müsse. Seiner Ansicht nach würden die Zahlen der Essensausgabe über die Zeit noch steigen. Er wirft die Frage auf, ob in der Barenburgschule derzeit keine Mittagsversorgung angeboten werde. Anschließend fragt Herr Bornemann an, ob bei Gelegenheit ein diesbezügliches Gesamtkonzept vorgelegt werde.

Herr Buisker stellt fest, auch seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Er sei der Meinung, wer Ganztagschulen einrichte, müsse auch für die Mittagsverpflegung sorgen. Er bittet um Erklärung, warum im Budget für das Jahr 2011 105.000 € stünden und in der Vorlage stehe, dass 35.000 € benötigt würden.

Herr Ammersken schließt sich seinen beiden Vorrednern an und bemerkt, alle Fraktionen hätten die Ganztagschulkonzepte im Rat getragen, von daher sei es nur stringent, dass man auch für die entsprechende finanzielle Ausstattung bei den Mahlzeiten Sorge. Auch er werde dem Beschluss zustimmen.

Herr Hegewald fragt an, ob man anteilig feststellen könne, wie viele Lehrer das Mittagessen in den Mensen einnehmen würden. Weiterhin bittet er um Auskunft, wie die Relation der ausgegebenen Mittagessen in den Schulen zu den Schülerzahlen stehe.

Herr Buß erklärt, es sei richtig, dass es in Barenburg erhebliche Probleme gegeben habe, so dass nunmehr die Mittagessensversorgung eingeschlafen sei. Darüber sei im Ausschuss schon mehrmals berichtet worden. Mittlerweile sei es allerdings so, dass sich die Schule an das Cateringangebot der Schule Wybelsum und des JAG angeschlossen habe. Somit würden zumindest am Donnerstag zwischen vier und sechs Essen verkauft. Er hoffe, dass die Zahlen zukünftig wieder ansteigen würden, zumal die Schule jetzt den Realschulzweig angegliedert bekommen habe.

Auf die Frage von Herrn Buisker bemerkt Herr Buß, es sei so, dass die Bewirtschaftungskosten im Kindertagesstättenbereich im Wesentlichen durch die Betriebskosten gedeckt und im Budget des Fachbereichs insgesamt enthalten seien. Man habe jedoch eine Steigerung im Schulbereich von 2010 nach 2011 in Höhe von 35.000 €. Mit dieser Vorlage gehe es ihm darum, dass vom Schulausschuss und auch vom Verwaltungsausschuss die grundsätzliche Entscheidung getroffen werde, dass die Bewirtschaftungskosten für die Mensen von Seiten der Stadt übernommen würden.

Niederschrift Nr. 22 über die Sitzung des Schulausschusses

Bezüglich der Frage von Herrn Hegewald, wie viele Lehrer das Essen in der Mensa einnehmen würden, erklärt Herr Buß, dieses könne er nicht auswerten. Eine Aufstellung hinsichtlich der abgegebenen Essen in Relation zu den Schülerzahlen werde er dem Protokoll beifügen.

Herr Sprengelmeyer führt hinsichtlich des Verpflegungskonzeptes aus, dass das inhaltliche Konzept stehe. Man habe nunmehr einen zweiten Gutachter eingesetzt, der die Kosten ermittle und werde dann mit einer inhaltlich und kostenmäßig abgestimmten Vorlage an die Politik gehen.

Herr Mecklenburg ergänzt, es sei pädagogisch sogar gewünscht, dass die Lehrer gemeinsam mit den Kindern das Mittagessen einnehmen würden. Damit verbessere sich auch das pädagogische Klima in einer Schule.

Weiter erklärt er, es würden mehr Kinder das Mittagessen in der Mensa einnehmen, wenn dieses Essen günstiger angeboten würde. Die Gemeinde Hinte leiste es sich, dass alle Kinder unabhängig vom sozialen Status für 1 € das Mittagessen bekämen. Viele Eltern könnten es sich einfach nicht leisten. Bei Geringverdienern sei dieses über den Monat gesehen schon ein Betrag, der zu Buche schlage. Er sei sich ganz sicher, dass wesentlich mehr Schüler in der Mensa essen würden, wenn das Essen für 1 € angeboten würde.

Herr Renken stellt fest, wenn man von den Zielen der Ganztagschule ausgehe, habe man eine positive Entwicklung erreicht. Das habe natürlich auch damit zu tun, dass das Ganztagsangebot erweitert worden sei und verpflichtender Unterricht an der IGS durchgeführt werde. Er sei davon überzeugt, dass sich die Essenszahlen pro Tag auch unter den gegenwärtigen Preisgestaltungen noch weiterentwickeln würden. Wenn man das Essen für 1 € anbiete, müsse man sich eigentlich fragen, warum es überhaupt noch etwas kosten solle und dieses als einen integralen Bestandteil eines Schulangebotes sehen. Dieses jetzt zu diskutieren, wo man sich gleichzeitig auch darüber unterhalte, was Haushaltssicherung in den verschiedenen Bereichen bedeute, wäre seiner Meinung nach ein bisschen zu weit hergeholt. Gleichzeitig müsse man einen zweiten Schritt gehen und an allen Kindertagesstätten auch ein entsprechendes Essen anbieten, da man diese beiden Gruppen nicht unterschiedlich behandeln könne.

Herr Renken erklärt, er würde gerne wissen, wann die inhaltliche Vorstellung des Essenskonzeptes und deren Kosten zu erwarten sei. Seines Erachtens sei dieses ein wichtiger Faktor. Abschließend erklärt Herr Renken, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen würden den heutigen Vorschlag unterstützen.

Herr Sprengelmeyer betont, es sei sein Ziel, noch in diesem Jahr das Konzept und die Kosten vorzustellen. Danach müsse auch im Rahmen der Finanzierung die Diskussion geführt werden.

Beschluss: Die in Zusammenhang mit der Bewirtschaftung der Mensen/Küchen an Ganztagschulen und Kindertagesstätten entstehenden Kosten insbesondere für die Auf-/Zubereitung und Ausgabe des Essens, die Reinigung der Küche, sowie die Anmietung von Räumlichkeiten zum Zweck der Mittagsverpflegung werden von der Stadt Emden getragen.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 22 über die Sitzung des Schulausschusses

TOP 8 Sicherung der Beschäftigung einer Sozialpädagogin / eines Sozialpädagogen der HRS Osterburgschule und der IGS Emden
Vorlage: 15/1694

Herr Buß erklärt, die Verwaltung habe von den Schulleitungen der Haupt- und Realschule Osterburgschule und der IGS Emden den Antrag erhalten, die Schulsozialarbeit an dem Schulstandort unbefristet mit 32 Stunden wöchentlich abzusichern. Zurzeit verfüge die bisherige Hauptschule Osterburgschule seit fünf Jahren im Rahmen des Profilierungsprogramms zur Stärkung der Hauptschulen des Landes Niedersachsen über eine Schulsozialarbeiterin, die mit 19,5 Stunden wöchentlich gearbeitet habe. Mit Einführung der IGS sei die Arbeitszeit um zehn Stunden erhöht worden.

Herr Buß bemerkt, die Finanzierung der Personalkosten in Höhe von 19,5 Stunden sei voraussichtlich bis zum Jahre 2014 durch das entsprechende Landesprogramm abgesichert. Da beabsichtigt werde, das Profilierungsprogramm zu verlängern, könne noch einmal ein Antrag gestellt werden, der eine befristete Beschäftigung bis zum Jahre 2014 garantiere. Bisher sei jährlich ein befristeter Arbeitsvertrag geschlossen worden, da auch jährlich ein neuer Antrag gestellt werden müsste. Dieser Arbeitsvertrag werde über die AWO geschlossen, die auch die entsprechenden Mittel erhalte. Nach seiner Auffassung sei eine Schulsozialarbeit an der IGS in Konstellation mit der Haupt- und Realschule unverzichtbar, da die Zusammensetzung der Schülerschaft sehr heterogen sei. Die IGS beschule in diesem Jahr 35 Schüler mit Hauptschul-, 93 mit Realschul- und 21 mit Gymnasialempfehlungen. Da die jetzige Schulsozialarbeiterin am Standort eine sehr gute Arbeit leiste, werde eine Weiterbeschäftigung auch gewünscht. Eine Perspektive sei auch für die Mitarbeiterin notwendig, da an anderen Schulen die Erfahrung gemacht worden sei, dass aufgrund der immer wieder erfolgten befristeten Beschäftigung und fehlenden Perspektive die Mitarbeiter ihren Arbeitsgeber gewechselt hätten. Dieses wolle man vermeiden und schlage deshalb vor, die Schulsozialarbeit hier unbefristet mit 32 Stunden pro Woche abzusichern.

Frau E. Meyer bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Ammersken zeigt sich erfreut von dieser Vorlage. So biete sich für ihn die Gelegenheit, endlich einmal mit einer Fehlinterpretation im Rat aufzuräumen. Häufig werde seiner Fraktion vorgeworfen, gegen die IGS zu sein oder versucht zu haben, diese zu verhindern. Die heutige Vorlage setze sich mit einem inhaltlichen Teil der IGS auseinander und werde von der FDP-Fraktion als sehr sinnvoll erachtet. Daher werde er auch dieser Vorlage zustimmen. Abschließend macht Herr Ammersken deutlich, dass seine Fraktion zur IGS stehe.

Herr Bornemann führt aus, selbstverständlich werde auch die SPD-Fraktion dieser Vorlage zustimmen. Seiner Ansicht nach sei es dringend notwendig, dass auch an der IGS die Schulsozialarbeit fortgeführt werde. Denn gerade in der besonderen Situation der auslaufenden und aufbauenden Schule sei es wichtig, dass dort kontinuierliche Arbeit geleistet werde.

Weiter erklärt Herr Bornemann, er bedauere, dass die IGS in dem Bereich der Hauptschüler mit sehr großer Zahl letztendlich an die Stelle der Hauptschulen trete. Dieses werde im Förderprogramm des Landes nicht berücksichtigt und passe eigentlich nicht zum Konzept und zum gesamten Ansatz. Für seine Fraktion sei dieses völlig unverständlich. In Emden seien bereits zwei Hauptschulen geschlossen worden. Eine weitere sei auf dem Wege des Auslaufens. An dieser Stelle müsse keine Ersparnis auf der Seite des Landes treten, sondern letztendlich eine Gleichstellung. Daher appelliere er an das Land, die Förderrichtlinien deutlich zu überdenken. Er stellt fest, der Zulauf zur IGS sei klar ersichtlich und die Zahl der Hauptschüler an dieser Schule sehr groß. Daher müsse es auch an der IGS Schulsozialarbeit geben.

Niederschrift Nr. 22 über die Sitzung des Schulausschusses

Herr Hegewald betont, obwohl vorher bekannt gewesen sei, dass dieses nicht Bestandteil des Landesprogramms sei, stimme die CDU-Fraktion der Vorlage zu. Weiter müsse man zur Kenntnis nehmen, dass es lange Zeit überhaupt keine Schulsozialarbeit an den Hauptschulen gegeben habe. Anschließend habe es die Schulsozialarbeit mit einjähriger Festlegung geben. Nunmehr könne man erfreut zur Kenntnis nehmen, dass sie bis zum Jahre 2014 geregelt sei. Seines Erachtens sei hier bereits ein ganz großer Prozess in Gang gesetzt worden und sollte auch nicht überfordert werden. Denn auch dem Land Niedersachsen gehe es finanziell schlecht.

Herr Sprengelmeyer bemerkt, die Kommunen würden immer aufgefordert, zu den Entwürfen entsprechend Stellung zu nehmen. Die Stadt Emden habe gerade in diesem Punkt noch einmal angemerkt, dass natürlich im Rahmen der IGS sehr viele Schüler mit Hauptschulempfehlungen beschult würden. Andererseits hätten natürlich auch Realschüler und Gymnasiasten Probleme in der Schule. Die Verwaltung habe sich dahingehend positioniert, dass sie gesagt habe, Schulsozialarbeit müsse auch für die IGS geöffnet werden. Dieses gelte im Übrigen ebenfalls für die Grundschulen.

Herr Renken stellt heraus, auch seine Fraktion werde dieser Vorlage zustimmen. Er stimmt den Ausführungen zu und betont, im Grunde genommen bräuchte man Schulsozialarbeit an allen Schulformen, da es auch an Realschulen und Gymnasien gleichgelagerte Konflikte geben würde. Schulsozialarbeit lasse sich nicht nur auf bestimmte Schulformen beschränken.

Er könne sich eigentlich der Aufforderung nur anschließen, zunächst die IGS als besondere Schule einzubeziehen. Wenn das Land jetzt Mittel für die nächsten drei Jahren für den Bereich der Hauptschulen zugesichert habe, dann sei festzustellen, dass sehr viele Hauptschulen in Niedersachsen geschlossen würden. Diese Ersparnis könne man an anderer Stelle einsetzen. Bei der Schulentwicklungsplanung müsse man darüber noch einmal diskutieren. Mittlerweise gäbe es schon vom Land Genehmigungen für Kreise und Städte, wo gar keine Hauptschulen mehr geführt würden, da die Anmeldezahlen zu gering seien.

Frau E. Meyer stellt fest, da in der nächsten Schulausschuss-Sitzung das Thema Schulentwicklungsplanung behandelt würde, bitte sie darum, die Inhalte dort zu thematisieren.

Beschluss: Die Stadt Emden stellt als Schulträger die erforderlichen Mittel zur unbefristeten Beschäftigung einer Sozialpädagogin/eines Sozialpädagogen an der Haupt- und Realschule Osterburgschule und der IGS Emden im Umfang von 32 Wochenstunden zur Verfügung.

Ergebnis: einstimmig

TOP 9 Schülerbeförderung; Einstellung der Winterregelung
Vorlage: 15/1691

Herr Buß erklärt, im Rahmen der Haushaltskonsolidierung sei die Verwaltung gehalten, über freiwillige Leistungen zu diskutieren. Dazu gehöre auch die Winterregelung für die Schülerbeförderung. Er bemerkt, im Haushaltsjahr 2009 habe die Stadt Emden 810.000 € für die Schülerbeförderung ausgegeben. In diesem Jahr werde sich dieser Betrag weiter erhöhen. Bei der Gewährung der freiwilligen Leistungen sei ein strenger Maßstab anzulegen, daher schlage die Verwaltung vor, die Winterregelung in diesem Jahr einzustellen.

Weiter führt Herr Buß aus, im Rahmen der Schülerbeförderung sei ein Gutachten in Auftrag gegeben worden bezüglich der Untersuchung des freigestellten Schülerverkehrs. Darunter würden nicht die Schüler fallen, die durch den Linienverkehr befördert würden. Erste Ergebnisse erwarte er im Herbst. Die Fertigstellung des Gutachtens sei zum Ende des Jahres geplant.

Niederschrift Nr. 22 über die Sitzung des Schulausschusses

Herr Ammersken erklärt, seine Fraktion werde diesen Vorschlag der Verwaltung auf jeden Fall ablehnen. Er hätte sich jedoch vorstellen können, dass dieser Vorschlag im Rahmen der Haushaltskonsolidierungsgruppe den Fraktionen unterbreitet werden könnte.

Herr Bornemann stellt fest, dieses Thema werde in jedem Jahr diskutiert. Bereits in der Haushaltskonsolidierung 2010 habe man keinen entsprechenden Beschluss gefasst und bei der Haushaltskonsolidierung 2011 stehe man erst am Beginn der Beratung, sodass sich an seiner Grundüberzeugung überhaupt nichts geändert habe. Die SPD-Fraktion werde heute diesen Beschluss nicht fassen.

Herr Buisker schließt sich seinen Vorrednern an und erklärt, auch die CDU-Fraktion werde der Vorlage auch in diesem Jahr nicht zustimmen.

Herr Renken stellt fest, es sei bekannt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht hundertprozentig die Ansicht der anderen Fraktionen teilen würden. Er halte es dennoch für falsch, heute einen Beschluss zu fassen, da es in der Haushaltskonsolidierungsgruppe darum gehe, Maßnahmen auf den Tisch zu legen und zu bewerten. Seiner Meinung nach sei es nicht richtig, hier an einzelnen Punkten etwas zu tun, sondern man müsse im Rahmen eines Gesamtkonzeptes abwägen. Abschließend bemerkt er, aus Sicht seiner Fraktion gäbe es wichtigere Dinge zu finanzieren wie z. B. die Essensversorgung an den Schulen oder die Schulsozialarbeit.

Nach Ansicht von **Herrn Hegewald** könne sich eine Stadt, die es sich in finanziell schwierigen Zeiten leiste, eine Straße in Conrebbi für 150.000 € aufzureißen oder einen Radweg von Harsweg nach Conrebbi für fast 500.000 € zu bauen, auch erlauben, die Kinder im Winter für 4.000 € im Jahr zu befördern.

Herr Koziolk erklärt, seine Fraktion werde diese Beschlussvorlage ebenfalls ablehnen.

Beschluss: Die von der Stadt Emden bislang als freiwillige Leistung praktizierte Winterregelung in der Schülerbeförderung wird zum 01.11.2010 eingestellt.

Ergebnis: einstimmig abgelehnt

Ja-Stimmen: 0	Nein-Stimmen: 14	Enthaltungen: 1
---------------	------------------	-----------------

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 10 Vorstellung des Fördervereins MNU;
- Antrag der Fraktion Die LINKE. vom 19.04.2010
Vorlage: 15/1567

Herr Koziolk stellt den Deutschen Verein zur Förderung des mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterrichts e. V. (MNU) vor und erläutert deren Ziele und Inhalte.

Frau E. Meyer bedankt sich für die Ausführungen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 22 über die Sitzung des Schulausschusses

TOP 11 Bildungsregion Ostfriesland;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 19.04.2010
Vorlage: 15/1574

Herr Mecklenburg erklärt, das Thema Bildungsregion Ostfriesland sei bereits zu Beginn des Jahres in die Öffentlichkeit gekommen, nachdem der Bildungsausschuss der Ostfriesischen Landschaft sich hiermit auseinandergesetzt und ein entsprechendes Konzept auf den Weg gebracht habe. Seiner Meinung nach scheine dieses Thema zu stagnieren. Aus diesem Grunde bitte er um Auskunft, wie nunmehr der Stand der Dinge sei und wie die Verwaltung zu dem Konzept stehe.

Herr Sprengelmeyer ist der Ansicht, dass die Diskussion hinsichtlich der Bildungsregion Ostfriesland der Stadt Emden zumindest ein Stück weit übergestülpt worden sei. Die von der Landschaft herausgegebene Projektskizze sei inhaltlich soweit richtig. In dem Bildungsrat sollten nach Vorstellung der Landschaft insgesamt 30 Personen u. a. aus den Gebietskörperschaften, vom Städte- und Gemeindebund sowie aus den Bildungseinrichtungen vertreten sein.

Herr Sprengelmeyer führt weiter aus, seine Erfahrungen zeigten, dass bei der Erarbeitung der Konzeptionen auch diejenigen beteiligt sein sollten, die auch später an der Entwicklung arbeiten würden. Dieses Konzept sei jedoch den Gebietskörperschaften zur Verfügung gestellt worden mit der Aufforderung, hierzu Stellung zu beziehen und es zu bewerten. Im März dieses Jahres habe ein Treffen mit Vertretern des Landkreises Aurich, Leer, Wittmund und der Stadt Emden stattgefunden, bei dem das Konzept diskutiert und auch ein Stück weit hinterfragt worden sei. Man habe dabei festgestellt, dass man sich vorstellen könne, zunächst mit einer kleinen Lenkungsgruppe der beteiligten Gebietskörperschaften zu beginnen, in der die zuständigen Kreisräte bzw. Fachbereichsleiter vertreten sein sollten. Die entsprechenden Fachleute und die Vertreter der Gebietskörperschaften hätten dazu in Abstimmung mit der Landschaft einen entsprechenden Vorschlag erarbeitet und darüber ein kurzes Protokoll gefertigt, welches an die Hauptverwaltungsbeamten gehen sollte. Jedoch habe er darüber nie wieder etwas gehört.

Weiter bemerkt Herr Sprengelmeyer, die Meinung der Stadt Emden sei es, dass man immer versuchen sollte, sich auch mit den umliegenden Landkreisen abzustimmen. Seines Erachtens sei es wichtig, für die Entwicklung der Region und auch im Rahmen des Erhalts der Wirtschaftskraft. Er mahne jedoch an, dass bei der Entwicklung solcher Konzepte alle Gebietskörperschaften vertreten sein müssten, zumal in der nächsten Woche Vertreter der Ostfriesischen Landschaft mit einem Vertreter des Landkreises Leer sich treffen würden, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Er frage sich, warum die anderen Gebietskörperschaften hieran nicht beteiligt seien. Dieses Thema könne nur positiv weiter geführt werden, wenn es aus dem Kreis der Gebietskörperschaften mit gleicher Stimme betrieben werde.

Herr Dr. Kaufhold ist der Ansicht, dass die Bildungsregion Ostfriesland sehr dringend gebraucht werde, um gemeinsam in Ostfriesland Bildungskonzepte umzusetzen.

Herr Mecklenburg hält diese Unstimmigkeiten vielleicht auch für eine Frage des Informationsflusses, da im Bildungsausschuss der Ostfriesischen Landschaft Vertreter aus jeder Gebietskörperschaft wären, die Mitglieder der Landschaftsversammlung seien und die das Konzept mitentwickelt hätten. Von daher könne man nicht sagen, die Gebietskörperschaften würden nicht in diese Diskussion mit einbezogen. Weiter appelliert er, über aktuelle Themen zwischen Politik und Verwaltung ins Gespräch zu kommen.

Herr Mecklenburg stellt fest, das Kulturministerium sei bereit, diese Angelegenheit zu fördern. In anderen Orten seien diese Bildungsregionen bereits sehr erfolgreich. In Ostfriesland gäbe es jedoch das Problem, dass es sich um vier Gebietskörperschaften handeln würde und man sich

Niederschrift Nr. 22 über die Sitzung des Schulausschusses

gegenseitig informieren müsse. Das in der nächsten Woche stattfindende Gespräch diene lediglich dazu, den Standpunkt der Gebietskörperschaften, der bisher nicht bekannt gewesen sei, den Mitgliedern des Bildungsausschusses, die sich mit diesem Thema beschäftigen würden, bekannt zu geben. Er führt weiter aus, das von Herrn Sprengelmeyer zu groß erachtete Gremium werde nur zweimal im Jahr tagen, unterhalb werde es einen Koordinierungsausschuss geben. Seiner Ansicht könne man ganz und gar auf den Ostfriesischen Bildungsrat verzichten und ganz klein von unten aufbauen. Jedoch sollte man nicht auf die Förderung des Landes verzichten und möglichst noch in diesem Jahr einen Antrag auf den Weg bringen, damit man mit der Arbeit im nächsten Jahr beginnen könne.

Herr Hegewald stellt fest, es handele sich hierbei um eine gute Idee, über die man nachdenken sollte. Seiner Ansicht nach scheine aber sehr viel Sand im Getriebe zu sein. Er weist darauf hin, dass es seit einigen Wochen den Regionalrat Ostfriesland geben würde, der händierend nach Aufgaben suche. Möglicherweise sei es eine Überlegung wert, diese Tätigkeit vom Regionalrat machen zu lassen.

Herr Sprengelmeyer betont, er wolle auf keinen Fall missverstanden werden. Die Stadt Emden verschließe sich überhaupt nicht der Diskussion. Er könne die Kritik von Herrn Mecklenburg gut annehmen. Dennoch sei es von enormer Bedeutung für den Erfolg des ganzen Projektes, welche Strukturen eingeschlagen würden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 12 Ausbildungsverlagerung von sozial benachteiligten Jugendlichen von Emden nach Aurich und Wegbrechen von bisherigen Ausbildungsberufen in Emden;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 01.06.2010
Vorlage: 15/1690

Herr Ammersken erklärt, seine Fraktion möchte gerne wissen, ob es der Verwaltung gelungen sein, in Kompromissgesprächen mit der Bundesagentur darauf hinzuwirken, dass zumindest Teile dieser Ausbildungsverlagerung rückgängig gemacht würden. Nach dem jetzigen Stand gehe in Emden sowohl eine Menge Ausbildungs-Know-how als auch ganze Ausbildungsberufe von sozial benachteiligten Jugendlichen verloren. Seines Erachtens sei dieses so nicht hinzunehmen.

Herr Sprengelmeyer führt aus, er habe im August ein langes und interessantes Gespräch mit den Herren Sievers und Fortmann von der Bundesagentur, Herrn Sterzenbach von der Emdener Ausbildungsgesellschaft sowie Frau Germer von der Volkshochschule geführt. Dieses habe zum Ergebnis geführt, dass man zunächst einmal in der Förderung von benachteiligten Jugendlichen unterscheiden müsse zwischen beruflicher Rehabilitation und Benachteiligtenförderung. Er könne feststellen, dass es eine Verlagerung von Maßnahmenplätzen von Emden nach Aurich nicht gegeben habe. Zurzeit nehme eine Bewerberin aus Emden an einer integrativen Maßnahme in Aurich teil.

Weiter führt Herr Sprengelmeyer aus, insgesamt müsse festgestellt werden, dass das Angebot in der Zahl der Maßnahmenplätze in den letzten Jahren angestiegen sei. Seit dem Jahre 2009 seien keine neuen Plätze für die integrativen Maßnahmen geschaffen worden, weil die Bundesagentur insbesondere auf kooperative Maßnahmen setze. Hintergrund sei hier der verbesserte Ausbildungsmarkt und der sogenannte Klebeeffekt bei den Kooperationsbetrieben. Es habe eine Umstellung von integrativen Maßnahmen hin zu kooperativen Maßnahmen gegeben. Somit könne hinsichtlich der Fragestellung im Antrag festgestellt werden, dass kein Programm ausgelaufen sei, sondern lediglich eine Akzentuierung stattgefunden habe. Insgesamt sei der Anteil der theoriereduzierten Ausbildung in Emden in den letzten Jahren gestiegen. Die Stadt

Niederschrift Nr. 22 über die Sitzung des Schulausschusses

Emden sei selbst zurzeit an einem Projekt über die Gesellschaft für nachhaltige Lebensqualität beteiligt. Dort sei ein neuer Ausbildungsberuf für die Abgänger der Förderschule initiiert worden, der mittlerweile für dieses Projekt anerkannt sei.

Bezüglich der Frage nach dem Wegfall der Ausbildung für Rehabilitanden im gewerblich technischen Bereich erklärt Herr Sprengelmeyer, Ausbildungsangebote in diesem Bereich seien nicht weggefallen, sondern neu geschaffen worden. So seien u. a. in den Berufen Metallbearbeiter, Autofachwerker, Tiefbaufacharbeiter, Gartenbaufacharbeiter, Landwirtschaftsfachwerker Plätze aufgestockt worden. Die Träger der Maßnahmen würden in Norden und Aurich sitzen, die dazugehörigen Kooperationsbetriebe würden sich im ganzen Agenturbezirk befinden, somit auch in Emden.

Herr Sprengelmeyer stellt fest, die Frage nach der Verschlechterung des Angebots für Abgänger der Förderschule würde ähnlich aussehen. Hier seien keine qualitativen Nachteile zu verzeichnen, sondern eher neue Ansätze.

Abschließend betont Herr Sprengelmeyer, er könne im Endeffekt in Absprache mit der vorhin genannten Ausbildungsgesellschaft und den Beteiligten der VHS noch einmal feststellen, dass hier keine Verschlechterung und auch keine Verlagerung stattgefunden habe, sondern lediglich eine inhaltliche Umorganisation. Die in dem Antrag genannte Verschlechterung der Ausbildungssituation in Emden sei eine allgemeine Aussage, die sich auf den Ausbildungssektor beziehe. Hier sei festzustellen, dass viele Faktoren sich auf den Ausbildungsmarkt insgesamt auswirken würden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 13 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Schulinspektion

Herr Buß teilt mit, dass in der Zeit vom 28.09. bis zum 01.10.2010 in der Realschule Emden eine Schulinspektion durchgeführt werde.

2. Regionale Integrationskonzepte

Herr Buß berichtet, dass sich unter der Federführung der Landesschulbehörde eine Arbeitsgruppe zum Thema Regionale Integrationskonzepte gebildet habe. Bei diesem Thema, welches in Emden schon einmal erörtert worden sei, gehe es konkret darum, die Organisationsform der sonderpädagogischen Hilfen in einem Regionalkonzept miteinander zu vernetzen und eine sonderpädagogische Grundversorgung herzustellen. Die Grundschulen würden einen Entwurf dieses Konzeptes bereits im November erhalten, um eine Willensbildung voranzutreiben und sich dahingehend zu äußern, ob sie sich an dem neuen Regionalen Integrationskonzept beteiligen möchten. Dazu sei auch die Entscheidung des Schulvorstandes, des Schulleiternrates sowie der Gesamtkonferenz notwendig. Das Ergebnis sowie das Konzept werde im Schulausschuss im Laufe des Monats Januar 2011 vorgestellt, da die Stadt Emden als Schulträger dieses Konzept bis zum 31.01.2011 bei der Landesschulbehörde beantragen müsse.

3. Besetzung der Schulleiterstelle in der Grundschule Larrelt

Herr Buß stellt fest, die Stelle der Schulleitung der Grundschule Larrelt sei zum wiederholten Male ausgeschrieben worden. Die bisherige Stelleninhaberin werde zum 31.01.2011 in den Ruhestand treten. Er hoffe, dass bis zu diesem Zeitpunkt die Stelle wieder besetzt worden sei.

Niederschrift Nr. 22 über die Sitzung des Schulausschusses

Frau E. Meyer bemerkt, ihr sei zugetragen worden, dass Herr Dr. Kaufhold promoviert habe. Sie gratuliert ihm auch im Namen der Ausschussmitglieder und bittet um Information, in welchem Bereich er seinen Dokortitel erworben habe.

Herr Dr. Kaufhold bedankt sich für die Glückwünsche und führt aus, er habe seine Doktorarbeit über die Demokratisierung des Bildungswesens nach 1945 am Beispiel des ostfriesischen Lehrervereins und der Lehrerarbeitsgemeinschaften in Ostfriesland begrenzt auf die Jahre 1945 bis 1968 geschrieben.

TOP 14 Anfragen

1. Projekt „Jugend stärken“

Herr Renken erklärt, in der Schulausschuss-Sitzung am 19.05.2010 sei seitens der Verwaltung vorgetragen worden, dass es ein Projekt „Jugend stärken“ geben würde und dass die Stadt Emden beabsichtige, dort zu den Modellstandorten zu gehören. Im weiteren Verlauf des Jahres sei darüber nicht mehr berichtet worden, obwohl angekündigt worden sei, dass das Konzept und die finanziellen Auswirkungen im Ausschuss vorgestellt würden. Herr Renken erkundigt sich nunmehr nach dem Stand der Dinge.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, kürzlich habe man die Nachricht erhalten, dass die Stadt Emden leider nicht berücksichtigt worden sei, aber auf der Nachrückerliste ganz oben stehe.

2. Ausbau der Buchenstraße

Herr Buisker spricht die Veranstaltung in Borssum „Ausbau der Buchenstraße“ an der IGS an. Dort seien die Planungen vorgestellt worden. Er fragt an, ob der Fachdienst Schule und Sport beteiligt worden sei, da u. a. die ehemalige Hauptzufahrt zur Schule umgebaut werde.

Herr Buß führt aus, der Fachdienst Schule und Sport sei in die Planungen nicht einbezogen worden.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.